

Pressemitteilung vom 13.12.2021

IG der Ungeimpften

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestern haben besorgte Bürger und Einwohner dieses Landes die IG oder Interessengemeinschaft der Ungeimpften als gemeinnütziger Verein nach Art. 60 ff ZGB gegründet.

Zweck der IG der Ungeimpften ist im Wesentlichen, die Rechte und Interessen aller Schweizer Bürger sowie in der Schweiz lebender Ausländer, die nach jeweils geltender Schweizer Rechtsordnung als nicht mit einem Covid-Impfstoff geimpft bezeichnet werden und als sog. «Ungeimpfte» gelten, gegenüber Behörden, Gesundheitseinrichtungen, politischen Parteien, Privaten und juristischen Personen zu fördern und zu vertreten.

Die IG der Ungeimpften betreibt Öffentlichkeitsarbeit und nimmt am politischen und verwaltungsrechtlichen Entscheidungsprozess teil, durch Wahrnehmung der ihr oder ihren Mitgliedern zustehenden politischen, verfassungsmässigen, öffentlichen und privaten Rechte (Vernehmlassungen, Postulate, Initiativen und Referenden, Verbandsbeschwerderecht, Klagen und Anzeigen, Leserbriefe etc.).

Die IG der Ungeimpften ist politisch, konfessionell, wissenschaftlich, medizinisch und wirtschaftlich neutral und unabhängig. Gemeinsamer Nenner aller Aktivmitglieder ist einzig deren Status als sog. «Ungeimpfte» nach der jeweils geltenden Schweizer (Covid) Rechtsordnung. Die IG der Ungeimpften hält sich an die Schweizer Rechtsordnung und definiert den Status «ungeimpft» danach, ohne dass damit die Begründung und Rechtmässigkeit dieses Status und der daraus gegen die so definierten «Ungeimpften» oder andere Personen erlassenen Gesetze, Verordnungen, Regelungen und Massnahmen jeglicher Art und Behörde, insbesondere betreffend Corona oder Covid19, anerkannt werden.

Die IG der Ungeimpften versteht sich als Sprachrohr der Minderheit der Ungeimpften und schützt deren Rechte. Sie ist aus der Not entstanden, dass die Ungeimpften als gesetzlich definierte Minderheitengruppe im laufenden Gesetzgebungs- und Verordnungsprozess weder angehört noch zur Teilnahme an Vernehmlassungen etc. eingeladen werden.

Obwohl die Ungeimpften in der Corona Gesetzgebung direkt definiert und eingeschränkt werden, sind sie bisher nicht als Sozialpartner im Sinne von Art. 1 Abs. 3 Covid Gesetz anerkannt noch sonst wie in den parlamentarischen Kommissionen etc. vertreten. Sie werden als einzige Minderheit der Schweiz nicht angehört.

Dies muss sich ändern! Die IG der Ungeimpften fordert den Bundesrat auf, sie in den Vernehmlassungsprozess einzubeziehen und ihre verfassungsmässigen Minderheitenrechte zu schützen.

Die Ungeimpften werden seit Wochen von hohen Bundesbeamten, leitenden Ärzten, Chefredaktoren und anderen Geimpften zu Unrecht öffentlich diffamiert, verunglimpft und als verantwortungslose, unsolidarische Menschen bezeichnet, ohne dass irgendjemand für sie eintritt oder solch Tun verbietet. Dies muss sich ändern!

Als neueste Beispiele seien die Äusserungen der Direktorin des BAG Frau Anne Lévy im Blick Interview vom 12.12.2021 erwähnt, wonach ihr für Ungeimpfte «das Verständnis fehle».

Frau Lévy ist immerhin Direktorin der Gesundheitsbehörde aller SchweizerInnen, und muss als Spitzenbeamtin jederzeit Gewähr bieten, dass sie alle SchweizerInnen und hier wohnenden AusländerInnen ernst nimmt und auch deren Interessen zumindest in ihre Überlegungen miteinbezieht. Sie macht das Gegenteil und bestätigt, dass sie die Sorgen und Nöte von über 30% der Schweizer Bevölkerung nicht mehr interessiert. Ihr Vorgesetzter BR Alain Berset hat dem bis jetzt nicht widersprochen. Die IG der Ungeimpften setzt sich dafür ein, dass Frau Lévy an ihre Pflichten als Beamtin erinnert wird und zumindest den Versuch unternimmt, auch für die Ungeimpften ein Mindestmass an Verständnis aufzubringen und sie nicht als quantité négligeable zu behandeln.

Die IG der Ungeimpften ist besorgt und fassungslos über die Aussage des Präsidenten der OncoSuisse im Blick vom 11.12.2021, wonach Ungeimpfte sich bei der Triage «hinten anstehen» sollen und Krebsbetroffenen generell den Vortritt gewähren müssten. Dies steht im krassen Widerspruch zu den Richtlinien der SAWM zur Triage, welche gerade eben unter dem Eindruck der Pandemie angepasst wurden. Auch dieses diffamierende Statement eines Staatsangestellten, dessen Ausbildung und Salär solidarisch von allen Steuerzahlern finanziert wird, blieb seitens seiner Vorgesetzten und Kollegen unkommentiert.

Die IG der Ungeimpften setzt sich dafür ein, dass solche vergiftenden und spaltenden Aussagen nicht mehr unbeantwortet bleiben und den Ungeimpften eine Stimme gegeben wird. Die IG der Ungeimpften sucht die Diskussion, nicht die Konfrontation und bedient sich hierfür einer mässigenden, konsensfähigen Sprache ohne Drohungen und Verunglimpfungen. Aber wir Ungeimpften sind eine Minderheit und müssen uns wehren.

Website etc. der IG der Ungeimpften sind in Vorbereitung.

Mit freundlichen Grüssen

IG der Ungeimpften

mail@ig-der-ungeimpften.ch

Zürich, 13.12.2021